

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radewornwald, Breckerfeld u. f. w.

Verlag: Wilh. Bell Jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 218

— Erscheint wöchentlich 6 mal. —
Bezugspreis freibleibend

Halver
Dienstag, den 16. September 1924

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf.
für Behörden, Finanzangelegenheiten und auswärtige Anzeigen
10 Goldpf. — Kellern 40 Goldpf. — Offertgebühren
10 Goldpf. und Porto.

24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der entscheidende Kabinettsrat in Berlin über die brennenden Fragen, Kriegsschuldfrage und Völkerverbund, soll sofort nach dem angefragten Eintreffen des Reichszanklers in Berlin beginnen.

* Reichszankler Dr. Marx, der seinen Urlaub in Eismarinen verbrachte, hatte eine Besprechung mit dem in Greußenstadt weilenden Reichspräsidenten.

* Die Reichsregierung erließ eine eingehende Verordnung über vorgenommene Maßnahmen zur Preissenkung.

* In Rom wurde der faschistische Abgeordnete Casarini von einem politischen Gegner ermordet.

* Die Wirren in China haben zur Wahl eines neuen Premierministers in Peking geführt. Peking ist in Verteilungszustand gesetzt worden.

Überwundene Regierungskrisis?

Zwei Erklärungen über Kriegsschuldfrage und Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund, die beide auf den Reichsaussenminister Dr. Stresemann zurückgeführt werden, haben zum Wochenschluss großes Aufsehen und Gerüchte von einer bestehenden oder überwundenen Regierungskrisis wachgerufen. Es wurde uns dazu geschrieben:

Eine Woche ist es her, seit Macdonald und Herriot ihre Reden auf der Völkerverbundtagung hielten, wobei die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund eine sehr erhebliche Rolle spielte; mehr denn zwei Wochen sind vergangen, als die Reichsregierung am Tage, nachdem die Dawes-Gesetze angenommen waren, offiziell mitteilte, sie werde der Entente gegenüber den § 231 des Versailler Vertrages, der Deutschland und seine Verbündeten beschuldigt, den Krieg verursacht zu haben, in einer Note als unrichtig darstellen. Sie könne ihn deshalb nicht mehr anerkennen. Seitdem ist nun ein erbitterter Zeitungskrieg über die Zweckmäßigkeit und Unzumutbarkeit beider Maßnahmen entstanden, der um so turbulent war, weil man eine klare Stellungnahme der Regierung nicht erkennen konnte. Die Rechte, Deutsche Volkspartei einschließend, war für die Abwendung der Kriegsschuldfrage und Zurückhaltung in der Völkerverbundfrage, die Linke unbedingt gegen die Notifizierung und für den sofortigen Eintritt, während sich das Zentrum, dem ja auch der Reichszankler angehört, zurückhielt.

Nun gab der nach Berlin zurückgekehrte Reichsaussenminister Dr. Stresemann in einem engeren Pressekreise eine sozusagen offizielle Erklärung ab, welche die Stellung beider entscheidenden Persönlichkeiten im Reichskabinettsrat, Dr. Marx und Dr. Stresemann, umreißen sollte. Dr. Marx war zur Zeit der Erklärung noch nicht in Berlin, sondern weilte in Süddeutschland, wo er eine Zusammenkunft mit dem ebenfalls in Urlaub befindlichen Reichspräsidenten hatte.

Zunächst räumt die Erklärung Dr. Stresemanns mit der Ansicht auf, daß die Kriegsschuldfrage eine Konzeption an die Deutschenationalen für deren Zustimmung zu den Dawes-Gesetzen sei, eine Ansicht, die überall in Deutschland verbreitet und begierig von der französischen Presse aufgegriffen wurde, deren Ausführungen dann wieder als Argumente gegen die Notifizierung akzeptiert wurden. Ein wenig erfreuliches Beispiel. Vielmehr sollte nach dem Schriftstück der deutsche Protest gegen den Artikel 231 schon in London erfolgen auf Anregungen aus dem Reichsrat hin. Aus rein äußeren Gründen sei man aber in London nicht mehr dazu gekommen, habe aber die Erklärung formuliert und sie bei der nächsten entsprechenden Gelegenheit, nämlich der Verabschiedung der Dawes-Gesetze im Reichstag, herausgebracht. Das Verlangen der Deutschenationalen sei nicht die Ursache, sondern eine Parallelaktion gewesen, ebenso die bekannten Forderungen dieser Partei nach Beschleunigung der Räumungsfristen und Nichterhaltung des Londoner Paktes bei Verzug der Gegenverpflichtungen auf der Entente. Auch das ist von der Regierung bekanntlich akzeptiert und dadurch sind 48 Deutschenationalen zum Ja-sagen veranlaßt worden.

Nun sei Dr. Stresemann für die sofortige Notifizierung gewesen; Katt dessen mußte man aus technischen Gründen dazu greifen, Herriot und Macdonald durch vertrauliche Briefe des Reichszanklers über den geplanten Schritt zu unterrichten, mit dem Erfolg, daß in Paris diese Vertraulichkeit sofort gebrochen wurde. Wann nun die Notifizierung erfolgen werde, werde durch einen Kabinettsbeschluss entschieden werden; Dr. Stresemann sei aber der Ansicht, daß sie erfolgen müsse, solle nicht die deutsche Regierung sich um jede Autorität im In- und Ausland bringen.

In der Frage des Völkerverbundes stellte sich der Außenminister auf den Standpunkt, daß Zurückhaltung das einzig richtige sei, ein deutscher Antrag auf Aufnahme nicht in Frage komme, besonders deshalb, weil eine amtliche Anregung dazu von England oder Frankreich her nicht erfolgt sei trotz einiger deutscher Sondierungen. Beste Gelegenheiten für eine vertrauliche oder offene Erklärung seien auf der Gegenseite nicht ausgenutzt worden. Dr. Stresemann knüpfte an den Eintritt überhaupt zwei Voraussetzungen: die Erledigung der Kriegsschuldfrage im Sinne der Reichszanklererklärung und die Anerkennung Deutschlands nicht nur als „gleichberechtigter“ Macht, sondern als Großmacht, die einen Sitz im Völkerverbundrat verlangen müsse. Überhaupt bringe ein Eintritt Deutschlands die ganze Frage des Völkerverbundes ins Rollen; denn dies sei von den „Siegerstaaten“ geschaffen worden, macht inhaltlich und formell daher jede Gleichberechtigung Deutschlands unmöglich. Da diese beiden Voraussetzungen bisher nicht sichergestellt seien, müsse man in der Völkerverbundfrage um so mehr zur Zurückhaltung übergehen, als erste vertrauliche Anfragen darüber auf Ablehnung gestossen sind.

Diese aufsehenerregende Erklärung aus Regierungskreisen, die Dr. Stresemann anscheinend besonders nahe stehen und daher wohl seine eigentliche Meinung zum Ausdruck zu bringen in der Lage sind, wird zweifellos zu einer erheblichen Verschärfung der inneren Auseinandersetzung führen, da mit der Erledigungsart dieser außenpolitischen Fragen, wie oben angedeutet, starke innerpolitische Gegensätze parallel laufen. Daher wird die Beschlußfassung des Kabinetts namentlich angesichts dieser überaus starken Festlegung der politischen Stellungnahme Dr. Stresemanns sehr bedeutungsvoll sein, um so mehr, als das Gefühl allseitig ist, daß die Regierung in der Behandlung all dieser Fragen eine nicht gerade geschickte Hand bewiesen hat. Schwanken ist immer falsch, gleichgültig ob im Krieg oder in der Politik. Die erste Folge der Stresemannschen Erklärung waren natürlich deutliche Andeutungen einer begonnenen Regierungskrisis.

Abschwächung oder Mißverständnis.

Die geschilderte Sachlage wurde nun noch verwickelter durch eine später in Berliner Blättern erscheinende sog. „authentische Auslegung“ der Stresemannschen Darlegungen, die angeblich von bestunterrichteter Seite stammen soll, die mit Dr. Stresemanns Gedankengängen und Absichten vollkommen vertraut sein will. Die veröffentlichten Darlegungen seien teilweise in ihren diplomatischen Zweckabsichten nicht ganz klar erfasst, teilweise aber auch sehr unvollständig wiedergegeben worden. Was die Notifizierung der Kriegsschuldfrage anbelangt, so stehe zwar Dr. Stresemann auf dem Standpunkt, daß die angekündigte Notifizierung auch erfolgen müsse. Aber es sei durchaus irrtümlich, anzunehmen, daß er nun in dem Kabinettsrat am Montag die sofortige Abwendung der Notifizierung fordern würde. Dr. Stresemann habe ja schon kundgetan, daß es ihm durchaus bewußt sei, wie wichtig die Wahl des richtigen Zeitpunktes für diesen Akt sei. Er verschleie sich durchaus nicht den Erwägungen, die auf die Schädlichkeit einer sofortigen Aktion hinweisen, und denke vielmehr an einen gelegeneren Zeitpunkt im Zusammenhang mit anderen zu erwartenden Ereignissen und Vorgängen, über die jetzt Näheres noch nicht gesagt werden kann. Die Reichsregierung habe sich prinzipiell, aber nicht zur sofortigen Abwendung der Notifizierung verpflichtet.

Ebenso sei die Grundtendenz der Ausführungen zur Völkerverbundfrage vollkommen mißverstanden worden. Dr. Stresemann denke zwar noch immer etwas skeptisch darüber, ob der Völkerverbund all die hohen Ziele, die er sich stellt, auch wirklich erreichen wird. Aber er sei nicht weniger als ein Gegner eines Beitritts Deutschlands zum Völkerverbund, und er verschleie sich nicht im mindesten den großen Vorteilen, die Deutschland von einer aktiven Mitwirkung an aktuellen politischen Problemen, die demnächst im Völkerverbund zur Verhandlung gelangen, haben könnte. Aber die Abwendung eines deutschen Aufnahmegesuches nach Genf sei nach Dr. Stresemanns Ansicht unzertrennlich an die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen geknüpft. Es darf erstens in Völkerverbundkreisen kein Zweifel darüber herrschen, daß ein Aufnahmearbeit Deutschland nicht die neuerliche Anerkennung des Versailler Schuldpruchs bedeute. Und zweitens müsse Deutschland die Sicherheit haben, daß es nach Abwendung des Aufnahmeartrages auch wirklich einen Sitz im Völkerverbundrat erhält. Diese Sicherheit besteht aber nach Ansicht Dr. Stresemanns bis heute durchaus nicht. Die Hauptmächte hätten ja Mittel und Wege genug, über diesen Gegenstand eine entsprechende, aber bestimmte Mitteilung nach Berlin gelangen zu lassen. Auf diesem Satz habe der Schwerpunkt der Stresemannschen Ausführungen gelegen. Wenn auswärtige Blätter von einer entstandenen Regierungskrisis, von Gegensätzen im Kabinettsrat gesprochen hätten, so sei das hinfällig. Man könne vielmehr mit Sicherheit behaupten, daß zwischen Dr. Stresemann und Dr. Marx volle Übereinstimmung herrsche, da Dr. Stresemann in den einzelnen Phasen der Vorgänge stets nur in vollem Einverständnis mit Dr. Marx vorgegangen sei.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Deutsch-holländischer Vertrag.

Bei den im Haag geführten Verhandlungen über eine Ergänzung des Vertrages über Kredit und Steinkohlen unterzeichneten die Bevollmächtigten der holländischen und der deutschen Regierung einen gemeinschaftlichen Vertrag, worin die hauptsächlichsten Gesichtspunkte für ein künftiges ergänzendes Abkommen festgelegt sind.

Deutschland und Argentinien.

Zu Ehren des nach 14jähriger Amtstätigkeit in Berlin von Deutschland scheidenden Gesandten der Argentinischen Republik Dr. Luis B. Molina fand in Berlin ein Abschiedessen statt. Reichsaussenminister Dr. Stresemann gab dabei in herzlichsten Worten den freundschaftlichen Empfindungen Deutschlands für Argentinien Ausdruck. In den Zeiten der Not habe der scheidende Gesandte Deutschland den überschüssigen Argentinien zur Verfügung gestellt. Diese moralische Anleihe werde ihm vom deutschen Volke in Jahrzehnten vergolten werden.

Fürsorge für Rückkehrer im Westen.

Die Zentral-Fürsorge des Deutschen Roten Kreuzes in Düsseldorf sieht sich veranlaßt, zur Richtigerstellung irreführender Angaben bekanntzugeben, daß die Betreuung zurückkehrender abgebaute Eisenbahnbeamten und Privat-

personen laut Beschluß des Reichskabinetts nur vier Monate dauern kann. Es sei allerdings richtig, daß eine sechsmonatige Betreuung in Vorschlag gebracht worden sei; doch sei diese verlängerte Betreuung durch das Reichskabinettsrat nicht genehmigt worden.

Deutsch-belgische Wirtschaftsberatungen.

Im Verlauf der Londoner Verhandlungen war zwischen den deutschen und den belgischen Vertretern vereinbart worden, daß alsbald Verhandlungen zur Regelung schwebender Wirtschaftsfragen aufgenommen werden sollten. Die Verhandlungen finden ab 15. September in Berlin statt. Ziel der Verhandlungen wird der Abschluß eines vorläufigen Wirtschaftsabkommens sein, das in erster Linie Ein- und Ausfuhr sowie Zollfragen regeln wird.

Hergt über das Dawes-Gutachten.

In einer von der Deutschenationalen Volkspartei einberufenen Wahlversammlung in Gleiwitz sprach der deutsche nationale Führer Hergt. Er führte u. a. aus: Es ist die Pflicht der oberösterreichischen Bevölkerung, bei der Wahl nicht müde zu sein, denn wir stehen vor großen Momenten, nicht etwa, weil das Dawes-Gutachten angenommen wurde, sondern deswegen, weil wir die Pflicht haben, dieses Unglücksgutachten zu verbessern und zu verändern. Es gibt wohl keinen Menschen, der sagen könnte, daß das Gutachten etwas Gutes wäre. Deshalb muß dagegen gekämpft werden, und dieser Kampf darf nicht vor einer Reparationskommission, vor einem Amerikaner usw. zurückweichen, sondern muß durchgeführt werden gegen alles, was uns in London auferlegt worden ist.

Lubendorff über den Kriegsverlauf.

In einer Versammlung der Nationalsozialistischen Partei Anhalts hielt General Lubendorff eine Ansprache, in der er im Anschluß an den Handstreich auf Lüttich betonte, die Anstrengungen der deutschen Truppen hätten nicht den Erfolg gehabt, den man erwartet habe. Sein Bestreben sei es gewesen, schon vor dem Kriege die allgemeine Wehrpflicht durchzuführen. Wäre das geschehen, so wäre der Krieg in sechs Wochen siegreich beendet worden. Am Jahrestage der Schlacht von Tannenberg hätten die Politiker unter dem Handelskatheten der Ententevertreter und dem Gelächter französischer Journalisten Deutschland dem internationalen Kapitalismus ausgeliefert. Nicht der Besitz dürfte entscheidend sein. Eine soziale Volksgemeinschaft müsse die Gegensätze ausgleichen.

China.

Ein neuer Premierminister. Das Parlament wählte Dr. Yen zum Premierminister. Yen ist in Amerika erzogen und war 1920 Minister des Äußeren und im Dezember 1921 und Juni 1922 stellvertretender Premierminister. Er ist auf verschiedenen diplomatischen Posten verwandt worden. — Peking ist in Verteilungszustand gesetzt worden und außerdem wurde der Belagerungszustand verhängt. 60 000 Soldaten haben Befehl erhalten, die Stadt gegen einen Angriff zu schützen.

Aus In- und Ausland.

München. Der Fall Seiber dürfte demnächst aus der Welt geschafft werden. Nach dem Spruch des Staatsgerichtshofes sei eine andere Lösung als die Rückkehr des Obersten von Seiber in sein Amt kaum möglich.

Wien. Die „Note Fabne“ meldet, ist die kommunistische deutsche Reichstagsabgeordnete Ruth Fischer, die in Versammlungen austrat, unter polizeilicher Bewachung an die Grenze gebracht worden.

Lissabon. Radikale Elemente, Militär und Zivil, unternehmen einen Putschversuch. Sie versuchen sich des Kriegsministeriums und des Telegraphenamtes zu bemächtigen. Die Rebellen wurden verhaftet. Nach halbamtlicher Meldung herrscht wieder Ruhe.

Athen. Zu der Aufdeckung einer Militärverschwörung wird gemeldet, daß die beiden beteiligten Generale Tserulis und Panagotopoulos verhaftet wurden.

Preisabbau der Reichsregierung.

Private und Gemeinden sollen nachfolgen.

Die angekündigten Maßnahmen der Reichsregierung zur Einleitung eines Preisabbaus wurden bekanntgegeben. In erster Linie kommt es darauf an, Voraussetzungen für den Wiederaufbau der Wirtschaft zu schaffen. Die Wirtschaft kann nur dann wieder aufleben, wenn es gelingt, die aus der Inflationszeit stammenden Belastungen des Wirtschaftslebens soweit wie möglich zu beseitigen, insbesondere das noch immer teilweise über dem Friedensstand liegende Preisniveau zu senken. Diese Hemmnisse einer gesunden Entwicklung sollen beseitigt werden und zu diesem Zweck werden nachstehende Anordnungen getroffen:

Ermäßigung der Gütertarife. Vom 1. September ab werden die derzeitigen Frachten der Normalklassen des Gütertarifs, die Sätze des Tiertarifs und die Frachten des allgemeinen Kohlenausnahmetarifs um 10 Prozent ermäßigt, letztere jedoch nicht unter die Vorkriegssätze. Ferner wird der Gewichtszuschlag für die Beförderung in gebundenen Wagen von 10 Prozent auf 5 Prozent herabgesetzt. Wegen der übrigen Ausnahmetarife erfolgt noch besondere Veröffentlichung.

Herabsetzung der Postgebühren bei Geldversendung. Zur Erleichterung der Geldversendung wird der Postminister dem noch in diesem Monat zusammentretenden Verwaltungsrat der Reichspost eine Vorlage zur Ermäßigung der Postanweisungs- und Postgeldgebühren unterbreiten.

Bei den Kohlenpreisen tritt folgende Ermäßigung ein: Ab 1. September für die schlesischen Steinkohlenreviere (Oberschlesien, Niederschlesien) eine Ermäßigung, die gegenüber den vom Reichskohlenverband veröffentlichten Preisen im Durchschnitt etwa 10 v. H. beträgt. Für das Ruhrrevier wird, sobald die Frage der Syndikatsverneuerung geklärt ist, über eine alsbald eintretende Preisermäßigung Beschluß gefaßt werden, die voraussichtlich mindestens 10 v. H. betragen wird.

Auf dem Gebiet des Bankwesens hat die Reichsbank folgende Maßnahmen getroffen: Das seit dem 7. April bestehende Diskontierungs-Gesamtkontingent wird für Zwecke der Produktionsförderung zunächst um 10 Prozent erhöht. Für reine Warenwechsel wird die zulässige Laufzeit von Wechsels bei der Reichsbank wieder auf drei Monate ausgedehnt. Die Reichsbank wird fortan wieder Bankakzepten diskontieren, vorbehaltlich der Prüfung von Fall zu Fall. Auf die Bankvereinbarungen wird eingewirkt werden, daß sie normale Kreditprovisionen einhalten, ebenso auf die staatlichen und kommunalen Geldorganisationen hinsichtlich der Zinsgebühren für hereingelommene Gelder und Spareinlagen. Die zahlreichen Devisenvorschriften sollen bis auf einen ganz geringen Teil, dessen Weiterbestehen notwendig ist, in Kürze fortfallen.

Geringere Umsatzsteuer. Durch Verzögerung der Verabschiedung des Entwurfs eines Gesetzes über Zölle und Umsatzsteuer ist die in diesem Entwurf enthaltene Herabsetzung der Umsatzsteuer von 2½ Prozent auf 2 Prozent hinausgeschoben worden. Deshalb wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 ab der Satz der Umsatzsteuer von 2½ v. H. auf 2 v. H. herabgesetzt werden.

Durch diese Vorwegnahme der Herabsetzung der Umsatzsteuer wird der weiteren Verhandlung der Reichstagsvorliegenden Zollvorlage nach ihrem gesamten Inhalte nicht vorgeschoben.

Gesellschafts- und Wertpapiersteuer. Von ähnlicher Bedeutung, wie die Herabsetzung der Umsatzsteuer, ist die Frage einer Minderung der die Kapitalbeschaffung belastenden Steuern auf ein für eine stabile Wirtschaft tragbares Maß. Die durch den Übergang auf die Goldrechnung und zur Neuaufstellung von Kapital erforderlichen Umwandlungen können nur dann vorgenommen werden, wenn die Sätze auf dem Gebiete der Gesellschaftsteuer und der Wertpapiersteuer gesenkt werden. Auch insoweit werden die Senkungen zum 1. Oktober 1924 eintreten.

Die steuerlichen Maßnahmen erfolgen bei ihrer Dringlichkeit durch Verordnung des Reichspräsidenten. Die Reichsregierung erwartet, daß die gesamte private Wirtschaft ihr auf dem Wege zur Senkung des Preisniveaus folgt und ebenso die öffentliche Wirtschaft, besonders die Gemeinden mit ihren Werkstätten.

Ablehnung einer deutschen Ansiedlung.

Durch niederländisch-indische Behörden.

Der Herzog von Mecklenburg-Schwerin, ein Bruder des holländischen Prinzgemahls, hatte sich an die Regierung von Niederländisch-Indien gewandt, ihm die Erlaubnis für die Errichtung einer deutschen Pflanzerskolonie auf Neu-Guinea zu erteilen. Zur Führung der Verhandlungen war als Vertreter des Herzogs ein Bruder des vor kurzem verstorbenen Reichstagsabgeordneten Dr. Helfferich nach Batavia gereist. Jetzt trifft die Nachricht ein, daß die Regierung von Niederländisch-Indien Herrn Helfferich endgültig mitgeteilt hat, daß die Konzession für eine Pflanzerskolonie auf Neu-Guinea nicht erteilt werden könne.

Versailler Vertrag und Oberschlesien.

Ein günstiger Schiedsspruch.

Der Artikel 260 des Versailler Vertrages gibt der Reparationskommission das Recht, zu fordern, daß Deutschland alle Rechte oder Beteiligungen deutscher Reichsangehöriger in Ausland, China, Österreich, Ungarn, Bulgarien, in der Türkei oder in den von Deutschland abgetretenen Gebieten erwirbt und dann binnen sechs Monaten der Reparationskommission überträgt. Nach dem jetzt von dem bestellten norwegischen Schiedsrichter gefällten Spruch findet diese Bestimmung, was bisher bestritten war, auf die oberschlesischen Gebiete, die Deutschland an Polen abtreten mußte, keine Anwendung.

Wieder ein politischer Mord in Rom.

Diesmal ein faschistischer Abgeordneter. Der faschistische Abgeordnete Armando Casarini ist in Rom, als er sich mit der elektrischen Straßenbahn von seiner an der Peripherie der Stadt gelegenen Wohnung nach dem Zentrum begeben wollte, von einem Arbeiter Namens Carbi durch drei aus unmittelbarer Nähe abgegebene Schüsse, von denen zwei dem Abgeordneten in den Kopf drangen, getötet worden. Der Täter wurde verhaftet und gab an, er gehöre zwar keiner politischen Partei an, habe die Tat aber aus Rache für die Ermordung Matteottis verübt.

Infolge des Mordes ist große Erregung in faschistischen Kreisen entstanden, und in Rom, sowie in anderen

Aus eigener Kraft.

Roman von H. Abt.

31) (Nachdruck verboten)

„Und die nötige Wasserkrast und so das andere Drum und Dran? Und hast du wohl 'ne Ahnung von den heutigen Bodenpreisen so um die Stadt rum? Wo sie den Quadratmeter mit Goldstücken bespielen.“ — Wenn sich da nicht mal irgendwo und wie eine ganz besonders günstige Gelegenheit böte —

„Irgendwo und wie so 'ne ganz besonders günstige Gelegenheit — darauf also wartest du,“ sagte der Onkel, lehnte sich noch bequemer in die Sofacouch zurück, vergab die Hände in den Hosentaschen, blinzelte aus halbgeschlossenen Augen den Nefen an und erkundigte sich:

„Sag' mal Junge, nimmst du mich eigentlich für 'nen Dummen? Nicht? Na also, da gib dir mal auf Umwegen weiter keine Mühe, sondern geh' ein bißchen mehr geradewegs. Wofür also möchtest du mich breitschlagen?“

„Dich breitschlagen?“ — Ein sekundenlanges Ueberlegen, wie weit es wohl geraten sei, offen Farbe zu bekennen, und lachend schüttelte der Nefse den Kopf. — „Augenblicklich für gar nichts Bestimmtes, Onkelchen. Denn“ — ganz wie von ungefähr war sein Blick auf das auf dem Tisch liegende Zeitungsblatt gefallen, und mit dem Finger darauf tippend, lachte er noch übermütiger als zuvor, — „daß du zum Beispiel hingehen würdest und mir Liepows kaufen — dafür taxier' ich dich leider Gottes für zu geschäft.“

Jobst Müllenhof überhörte das Kompliment, richtete sich ein wenig aus seiner bequemen Stellung auf, warf einen Blick auf das seitgedruckte Zeitungsinserat, das des Nefens Finger kennzeichnete, und fragte, in seinem Gedächtnis herumsuchend: „Liepows — das liegt doch so nach Potsdam zu und gehört den — jawohl, den Wirtzenriedts — die haben sich also auch von ihrem Stammsitz runteramüßiert.“

Er schob geringfügig die Unterlippe vor, strich sich den graumelierten Bart einmal hinauf, einmal herab, stand vom Sofa auf, trat ans Fenster und begann von anderem zu sprechen. Der Nefse machte keinerlei

Ständen, kam es zu Unruhen und Demonstrationen. Vielfach griffen die Faschisten die Gebäude der sozialdemokratischen und anderer Oppositionsblätter an und zerstörten sie ganz oder teilweise. Die Regierung hat Truppen gegen die Demonstranten aufgebogen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 16. September 1924

□ Ab 20. September keine Kontrolle der Auslands-pakete im besetzten Gebiet. Nachdem die Zolllinie am 9. September gefallen ist, werden die Auslandspakete noch von der Besatzungsbehörde kontrolliert und verzollt. Nach dem 20. September erfolgt auch eine Kontrolle und Verzollung der Auslandspakete nicht mehr.

□ Ersatzleistung für Postpakete. In der Presse ist in der letzten Zeit wiederholt die Mitteilung gemacht worden, daß der Höchstbetrag der Ersatzleistung für Postpakete ohne Wertangabe vom 1. September 1924 ab auf 3 Mark für je ein Pfund der Sendung und der Entschädigungsbetrag für verlorengegangene Einschreibebriefe auf 40 Mark erhöht worden sei. Diese Nachricht eilt den Tatsachen voraus. Richtig ist, daß die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates einen entsprechenden Gesetzesentwurf eingebracht hat. Dieser Gesetzesentwurf ist aber in der Reichstagsitzung vom 27. August auf Antrag des Abg. Seppel (Soz.) dem Verkehrsausschuß überwiesen worden, was mit Rücksicht auf die Vertagung des Reichstags eine bedeutende Verzögerung der Angelegenheit bedeutet. Es bleibt bis auf weiteres bei den Entschädigungssätzen von 1,60 Mark für je 1 Pfund eines verlorengegangenen oder beschädigten Pakets und von 30 Mark für eine verlorengegangene Einschreibesendung.

— * Aufhebung der Zollkontrollen. In Bohlwinkel, Lennep, Dornap-Hahnenfurt und Nierenhof fallen die langen Aufenthalte fort. Es wird dafür vom 20. Sept. ein neuer Fahrplan eingeführt. Die hierin angegebene westeuropäische Zeit tritt aber erst am 5. Oktober in Kraft. Bis zu diesem Zeitpunkte ist unter W.E. 1 Stunde zuzugählen.

+ Halver, 15. September. Am vergangenen Sonntag fand im Hotel Huffer-Schaltmühle eine Versammlung zwecks Gründung eines Sängerbundes für das Volmetal statt. Die Versammlung war von einer großen Anzahl von Vereinen besucht. Eingangs der Besprechung wurde zur Leitung der Versammlung ein Ausschuß gewählt, bestehend aus Herrn Carl Jilling-Schaltmühle als Versammlungsleiter, Herrn Stein vom M.-G.-B. Deddinghausen als Protokollführer, Herrn Schellhase vom M.-G.-B. „Arion“ Halver sowie Herrn Schaefer vom M.-G.-B. „Sängerbund“ als Beisitzer. Die Aussprache gestaltete sich sehr reg. Ueberwiegend wurde die Notwendigkeit zur Gründung eines Sängerbundes anerkannt, jedoch wurde lebhaft befürwortet, den Bund weiter auszuweihen und zwar auf den ganzen Kreis Altena einschl. der Stadt Lüdenscheid. Der Bund selbst wurde ins Leben gerufen. Mit den einstweiligen Vorarbeiten wurde beauftragt: Jilling-Schaltmühle, Prior-Brügge, Höder-Heermühle, Schönebeck-Halver, Schellhase-Halver, Stein-Deddinghausen und Hegemann-Ehringhausen. Diese Kommission soll auch mit den übrigen Vereinen des Kreises Altena zwecks Beitritt in Verbindung treten, und ist beabsichtigt, demnächst in Lüdenscheid eine Versammlung gemeinsam mit diesen Vereinen abzuhalten. Bis dahin wurde auch die endgültige Festsetzung der Satzungen hinausgeschoben. Der Bund soll bezwecken, den unläuteren Nachschüssen auf Wettstreiten wirksam entgegenzutreten, und den Vereinen wenigstens einmal Gelegenheit zu geben, sich der Kritik eines Bundesfingers zu unterziehen. Daneben soll es den Vereinen aber unbenommen bleiben, auch die sogenannten wilden Wettstreite weiter zu besuchen und gegebenenfalls eigene Wettstreite zu veranstalten. Die bisherige Freiheit der Vereine soll keinesfalls beschränkt werden. Anmeldungen der Vereine sind baldmöglichst an Herrn Carl Jilling-Schaltmühle zu richten. Es können nur Männer-Gesangsvereine aufgenommen werden. Ausgeschlossen bleiben Quartette und Gesangsabteilungen von Turnvereinen und dergl.

Versuch, auf das vorherige Thema zurückzugreifen. Nach einer Weile fiel es ihm ein, daß er ja vergessen hatte, im Kontor einen bestimmten Auftrag zu erteilen.

„In fünf Minuten bin ich wieder hier, Onkel,“ entschuldigte er sich und eilte davon.

Als er noch vor Ablauf dieser fünf Minuten zurückkam, und zwar nicht wieder durch die auf den Flur mündende Zimmertür zurück, sondern durch ein paar ineinander geöffneter Nebenzimmer, in denen der dicke Teppich den Schall seiner leisen Schritte auffing, da sah er durch einen Spalt des Vorhanges, der die Türöffnung verhüllte, wie im Wohnzimmer der Onkel Jobst am Tisch stand, das Zeitungsblatt in der Hand hielt und voll nachdenklicher Aufmerksamkeit die Annonce studierte, in der das Rittergut Liepows „zu jedem annehmbaren Preise“ zum sofortigen Verkauf gestellt wurde.

Der schöne Nubi teilte die Portiere nicht voneinander. Lautlos, wie er gekommen war, ging er auf dem Teppich wieder zurück und auf den Korridor hinaus. Da begann er lustig zu pfeifen, drückte pfeifend vom Flur aus die Türklinte nieder, fand beim Wiedereintreten in die Stube den Onkel Jobst am Fenster stehend und das Zeitungsblatt auf dem Sofa sitzend, als hätte während seiner kurzen Abwesenheit keiner daran gerührt.

„Na, nu werd' ich man wieder geh'n,“ sagte nach einer Weile in seiner Art des raschen Abschiednehmens der Onkel. Und er ging. Der Nefse aber, nachdem er ihm über den Hof das Geleit gegeben und dann mit ein paar jugendhaften Sätzen wieder ins Haus und in die Wohnstube gestürzt war, brach in ein schmetterndes Hurra aus und schwenkte das Zeitungsblatt mit seiner selten günstigen Kaufgelegenheit wie eine Siegesfahne durch die Luft.

Wenn der Onkel Jobst nicht heute — nein heute nicht mehr, da war's wohl schon zu spät — aber wenn er nicht morgen mit der Wannseebahn so nach Potsdam zufuhr, um sich Liepows mal von allen Seiten und nach allen Gesichtspunkten aus anzusehen, dann wollte er selber nicht der schöne Nubi sein, der schlaueste Kerl unter der Sonne!

Als würd's ihm zu eng im geschlossenen Raum, so stürmte er nach kürzester Zeit wieder ins Freie hin-

— Halver, 15. Sept. Nach beendigtem Gottesdienst gab der hiesige kirchliche Posaunenchor vor dem Denkmalsplatz ein Frühkonzert. Der Chor gibt sich alle Mühe um den hiesigen Bewohnern seine Fortschritte des öfteren zu zeigen. Wir wissen dem kirchlichen Posaunenchor Dank für seine Mühe.

× Schaltmühle, 15. Sept. Am Donnerstag den 18. d. M. Vormittags von 8 bis 11½ Uhr findet in Schaltmühle im Verwaltungsgeschäftszimmer Bahnhofstraße Steuerannahme statt. Die Kasse in Halver bleibt an diesem Tage geschlossen.

× Kierspe, 15. Sept. Um kleinen Leuten den Eintritt in die Kleinwohnungsbau-A.-G. Kierspe zu ermöglichen, soll es gestattet sein, die Aktien, deren jede 100 Mk. betragen muß, in Teilen mit je 25 Mk. einzuzahlen und sie mit je 25 Mk. von 6 zu 6 Monaten auszufüllen, sodaß die Aktien von je 100 Mk. in 2 Jahren voll eingezahlt worden sind. Die eingezahlten Anteile von 25 Mk. und höher berechnen bereits zur Teilnahme an der Hausverlosung. Fällt das Los auf einen Anteilhaber, der weniger als 100 Mk. eingezahlt hat, muß diese die eingezahlte Summe auf 100 Mk. erhöhen wenn er Hausanwärter werden will, wenn ihm das durch das Los zugefallene Haus erbaut werden soll. Die Kleinwohnungsbauaktiengesellschaft hofft, auf diese Weise mit den Bauten eher beginnen zu können, weil es nun zahlreichen Kreisen ermöglicht wird, der Gesellschaft beizutreten, die finanziell hierzu bisher nicht in der Lage waren. An die baldige Einzahlung der Aktien und Aktienanträge wird erinnert.

+ Kierspe, 12. Sept. Am 11. d. M. ereignete sich in dem landwirtschaftlichen Betriebe des Landwirts Wilhelm Grote in Kiersperhagen ein bedauerlicher Unglücksfall. Der Gehilfe Wilhelm Hetteshheimer wollte das seinem Stiefvater gehörende Fohlen einstellen, wobei das Fohlen sich widersetzte und den Hetteshheimer gegen den Brustkorb derart mit dem Hinterfuß schlug, daß nach ärztlichem Befund dem Genannten 2 Rippen gebrochen und weitere innere Verletzungen zugefügt worden sind.

Dortmund, 14. Sept. Eine aufregende Szene im Zirkus Henny spielte sich in einer der letzten Vorstellungen ab. Als während der Vorstellung der sechs Berberlöwen Dompteur Heinz Henny mit der Auffstellung von Requisiten beschäftigt war, wurde er plötzlich von der meist sehr unruhigen Löwin Pascha angefallen und am rechten Arm und am Kopfe nicht unerheblich verletzt. Die Wunde am Kopf ist etwa 12 Zentimeter lang. Blutüberströmte und mit zerrissener Kleidung wurde er aus dem Käfig gebracht und zunächst notverbunden. Derselbe Löwe hatte bereits vor kurzem Dompteur Henny angefallen, aber nur leicht verletzt. Das Publikum geriet natürlicherweise in Aufregung, die sich aber bald wieder legte.

Nah und Fern.

○ Radioansprache zum Jubiläum des Roten Kreuzes. In Berlin feierte das Rote Kreuz das Jubiläum seiner 60jährigen Wohlfahrtsarbeit. Oberbürgermeister Böhm hielt aus diesem Anlaß eine Radioansprache, in der er auf die Bedeutung der Arbeit des Roten Kreuzes hinwies. Evangelische und katholische Festgottesdienste leiteten die Jubiläumsfeier ein, die mit einer Sammlung für die Einrichtungen des Roten Kreuzes verbunden war.

○ Eine Eisenbahnausstellung in Groß-Berlin. Die Eisenbahntechnische Tagung, die vom Verein Deutscher Ingenieure in enger Verbindung mit der deutschen Reichsbahn veranstaltet wird, findet vom 22. bis 27. September in Berlin statt. Mit ihr ist eine eisenbahntechnische Ausstellung in Seddin bei Potsdam verbunden, die größte Ausstellung dieser Art, die die Welt je gesehen hat. Bereits jetzt haben sich etwa 2000 Teilnehmer zu der Tagung angemeldet, darunter 300 prominente Auslandsvertreter und etwa 700 Mitglieder der Reichseisenbahnbehörden. In Seddin, dem Hauptort der ganzen Veranstaltung, sind in einer Halle von 6000 Quadratmeter Grundfläche rund 120 Lokomotiven aller Systeme und 150 Personen- und Güterwagen aller Art aufgestellt. — Eine zweite Ausstellung in der

aus, mag aber, ohne vorher sorgfältig Toilette gemacht zu haben — denn man konnte ja doch nicht wissen —

Konnte nicht wissen, ob nicht vielleicht heute in dem bewußten Eckhaus am Prager Platz die herabgelassenen Rollschaloufen in der dritten Etage wieder hochgezogen waren, zum Zeichen, daß Erzelenz von Nöhrich und Fräulein Tochter wieder von der Reise heimgekehrt waren.

Dritte Etage wohnten sie. Höfliche Umschreibung für: vier Treppen hoch.

„Ich kann's nicht ertragen, noch jemand über mir zu haben, und man hat ja Zahrsuhl und die Luft ist herrlich.“

„Die Luft mochte wohl herrlich sein. Wenigstens schien die Mädchengestalt, die mit zurückgebogenem Kopf in der geöffneten Balkontür stand, die Luft mit dürstenden Zügen in sich hineinzutrinken.“

Die Luft? O, nein, nach ganz anderem dürstete Armgard von Nöhrich.

„Das halt ich einfach nicht mehr aus!“ hatte sie drin im Zimmer gerufen und war von dem mit blitzendem Silber und sehr einfachem Mittagmahl besetzten Tisch aufgesprungen.

„Das ist kein Leben. Und ich will leben, leben will ich!“

„Aber Army,“ stöhnte die Mutter und hielt sich die Stirn — „ich kann's doch nicht ändern.“

„Ich weiß nicht, ob du's nicht ändern könntest, Mama. Jedenfalls kann's Egon ändern. Statt dir ewig auf der Tasche zu liegen, daß es bei uns laum zum Sattessen langt, soll er sich lieber eine reiche Frau suchen. Eine Kommerziantentochter oder meinetwegen sonst etwas.“

Wieder seufzte die Mutter. „Als ob das immer so leicht ginge. Und dann — bei Egon's weichem Gemüt — so ganz ohne Liebe!“

„Liebe!“ höhnisch lachten die jungen Lippen. „Sei nicht so kuruzisch, Mama, das können sich Leute wie wir nicht leisten.“

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

= Überführt und übergeführt. „Ob, was ist die Deutsch Sprat für ein arm Sprat, für ein blump Sprat!“ sagt Riccaut in Lessings „Minna von Barnhelm“. Das ist sie nun zwar nicht, aber dafür ist sie, wie es scheint, „ein Sprat“, und das nicht nur für Franzosen und andere Ausländer, sondern seltsamerweise auch für Deutsche. Da ist z. B. das offenbar besonders verzwickte Zeitwörtchen „überführen“. „Der Mörder ist aus dem Gefängnis in K. nach D. überführt worden“, hört man selbst in der sogenannten „besten Gesellschaft“ und liest man selbst in Zeitungen, die sich auch für die besten halten. Der Verbrecher wird „überführt“, wenn es sich um den Schuldbeweis handelt, wenn aber an eine Ortsveränderung gedacht wird, wird er „übergeführt“. Das sollte man sich endlich merken! Aber bei uns werden sogar Lote „überführt“. In Schwaben kennt man mundartlich sogar noch eine dritte Deutung für „überführen“; dort heißt es: „Das Büble ist vom Wagen überführt worden.“ Der Berliner würde in diesem Falle „voll und ganz“ sagen: „überfahren“, und das klingt auch ganz hübsch.

= Amtliche Poesie. Behörden pflegen im allgemeinen recht prosaisch zu sein. Dekrete, Erlasse und Verordnungen geben ja auch wohl kaum besonderen Anlaß zu lyrischem Schwung. Um so erfreulicher ist es, wenn einmal der Vertreter einer Behörde sich aus den prosaischen Niederungen des Beamtenbaseins zum Parnass empor-schwingt und in amtlicher Eigenschaft den Pegasus bestiegt, um sich in Versen mit den Steuerzahlern auseinanderzusetzen. Das ist dieser Tage in Erfurt geschehen. Am Turm des dortigen Reichsbahndirektionsgebäudes befindet sich eine Uhr, mit der die Erfurter schon seit langem haderten, weil sie auch an dunkelsten Abenden nicht erleuchtet war. Aus Groll hierüber setzte sich ein Lokal-dichter auf den Dichterstuhl und appellierte unter dem Pseudonym Cyprian in beweglichen Reimen an die Erfurter Reichsbahndirektion, auf daß der Uhr die Erleuchtung komme. Und was tat die Reichsbahndirektion? Sie entsandte keinen Sprechenden als ihren Präsidenten auf den Parnass und ließ ihn in hoher wohlgeformter Strophe gegen besagten Herrn Cyprian dichten und sofortige Abhilfe versprechen. Die letzte Strophe der amtlichen Dichtung lautet:

„So vieles Jammer anzuhören,
Drückt stärker, als des Sparens Pflicht!
Darum, dem Städtetag zu Ehren,
Gebiete ich: „Es werde Licht!“

So ungefähr hätte das auch Goethe gedichtet haben können. = Das Jubiläum der „Lorelei“. Das allbekannte Volkslied von der Lorelei kann jetzt sein hundertjähriges Jubiläum feiern. Das Buchhändler-Börseblatt schreibt darüber: Der Stoff vom „Märchen aus alten Zeiten“ ist dichterisch wiederholt behandelt worden. Unterhalb Oberwiesels im Kreise St. Goar erhebt sich bekanntlich aus dem Rhein senkrecht ein hoher, nackter Felsen, der den Namen Lorelei (Schieferfelsen) führt und wegen seines merkwürdigen Echo schon in alter Zeit bekannt war. In einem lateinischen Gedicht eines gewissen Bernhard Möller vom Jahre 1570 wird davon bereits erzählt. 1799 schrieb Clemens Brentano sein Gedicht „Lore-Lei“, und darin berichtet er nicht von einer Zauberin, sondern von einer schönen Bacharacherin, die, nachdem sie durch ihre verführerischen Augen die Männer berückt, selbst unglücklich geworden sei, von diesem Felsen sich herabstürzte und den Tod in den Wellen suchte. Später setzte man hinzu, das Echo sei ihre Stimme. Am glücklichsten gestaltete Heinrich Heine den Stoff in dem Liede „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten“. Es ist eins seiner Gedichte, die im Volke weiterleben, vielleicht sein bekanntestes.

= Die verminderte Leibesfülle der Berliner. Die Berliner Straßenbahnverwaltung hat festgestellt, daß die Straßenbahnwagen, die vor dem Kriege für die Aufnahme von 20 Personen gebaut wurden, heutzutage ganz gut mindestens 22 aufnehmen, da die Fahrgäste an Leibesumfang eingebüßt haben.

= Erschreckend ungünstiger Gesundheitszustand in Petersburg. Das Gesundheitskommissariat hat eine Untersuchung der Arbeiterkinder von Petersburg auf Tuberkulose vorgenommen. Nicht weniger als 86 % der schulpflichtigen Kinder sind als tuberkulös bezeichnet. Das Kommissariat berichtet, daß es keine Arbeiterfamilie getroffen habe, wo nicht tuberkulosekrante Mitglieder vorhanden wären.

Kongresse und Versammlungen.

k. Deutscher Städtetag. Dr. Haedel forderte in einem Referat auf dem Deutschen Städtetag in Bad Harzburg u. a. sofortigen Verwaltungsabbau und allgemeine Staatsverwaltungsreform. Im Interesse einer möglichst fruchtbaren Betätigung der Städteverwaltung wird gefordert: keine Überpannung des parlamentarischen Systems in der Selbstverwaltung. Er weist darauf hin, daß die Wiederherstellung der gemeindlichen Selbstverwaltung für die städtischen Selbstverwaltungen eine erhöhte Verantwortlichkeit für die Beschlüsse auf finanziellem und steuerlichem Gebiet und für eine Selbstverwaltungspolitik ergibt. Im Referat zum Referat des Oberbürgermeisters Lehmann über die Wohnungsfrage ergänzte dieses Bürgermeister Kahl noch u. a. dahin: Die Reichsregierung wolle entweder a) zwecks Herabsetzung von Zwischentreibern vorübergehend eine Reichsrentenstelle schaffen oder b) die Länder durch reichsrechtliche Bestimmungen ermächtigen, eine Zwangsparanleihe für jeden Einkommensteuerverpflichtigten des Jahres 1925 aufzuerlegen.

k. Der Internationale Buchdrucker-Kongress für den Achtfundentag. Der Internationale Buchdrucker-Kongress in Hamburg nahm einstimmig eine Entschließung an, in der erklärt wird, daß der Achtfundentag die normale Entwicklung der Produktion nicht hindere. Er forderte die Regierungen aller Länder zur baldigen Ratifizierung des Washingtoner Abkommens auf.

Welt und Wissen.

v. Das Sonnenflecken-Minimum von 1924. Nach den neuesten Berechnungen steht es fest, wie in der „Astronomischen Zeitschrift“ mitgeteilt wird, daß das Sonnenflecken-Minimum vorüber ist, und zwar ist es in den Januar 1924 gefallen. Schon während der letzten Hälfte von 1923 war ein auf- und ab-schwankendes Abnehmen der Sonnenflecken ununterbrochen. Nach dem Januar 1924 hat die Fleckenbildung wieder außerordentlich zugenommen, so daß auf ein starkes Wiedererwachen der vulkanischen Tätigkeit der Sonne zu schließen ist. Damit ist erwiesen, daß das gegenwärtige Minimum der Sonnenflecken dem vorangehenden Minimum, das in den August 1913 fiel, schon nach 10 Jahren und 5 Monaten gefolgt ist. Bisher nahm man an, daß die Minima in einem durchschnittlichen Zwischenraum von 11 Jahren 2 Monaten auftreten. Das diesmalige Minimum wäre also danach 9 Monate zu früh erfolgt.

v. Museum, in dem das Publikum experimentieren darf. Das neue wissenschaftliche Museum in Washington hat Anordnungen getroffen, die es dem Besucher gestatten, die Ausstellungsobjekte unter eigene Kontrolle zu nehmen oder selber zur Überprüfung der neuesten Forschungsergebnisse durch das Experiment zu schreiten. Professor Michelson, der bekannte Lichtwellenlängen-Messung, stellt sogar sein Interferometer zum Gebrauch, damit jeder Besucher Lichtwellenlängenmessungen vornehmen kann, und das staatliche Wetterbureau gibt seine allerneuesten Erdbebenmesser zur Benutzung frei. Natürlich ist auch „Radio“ in seinen neuesten Erscheinungen vertreten und zur Benutzung frei.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Die Inflationspekulation der Verkäuferinnen. Die Filialinhaberinnen und -verkäuferinnen einer großen Lebensmittelhandlung, die zahlreiche Geschäfte in Berlin unterhält, wollten sich in der Zeit der letzten Nebeneinnahme verschaffen. Dabei versetzten sie auf ein recht bedeutendes Mittel. Sie legten nämlich einen Teil der Lebensmittel am Vormittag beiseite und warteten die Dollartierung während der Mittagspause ab, um dann die Waren auf eigene Rechnung zu dem höheren Preise zu verkaufen, wobei sie den Mehrerdienst in die eigene Tasche steckten. — Ein halbes Duzend Filialleiterinnen und -verkäuferinnen sowie Lehramtskinder wurden zusammen mit mehreren Verlobten wegen Unterschlagung und Hehlerei, sowie wegen Preistreiberi unter Anklage gestellt. Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte die Filialinhaberinnen zu je drei Monaten, Verkäuferinnen und Lehramtskinder zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil war Berufung eingelegt worden. Die Strafkammer des Landgerichts I kam zu einer milderen Auffassung des Falles, setzte die Strafen wesentlich herab und gewährte den Angeklagten außerdem Bewährungsfrist gegen Zahlung von Bußen von 100 bis 200 Mark.

§ Ein unerhörtes Kriegserichtsurteil. Das Mainzer Kriegsgericht verurteilte den Metzger Blum aus Mainz, der auf der Landstraße einem Straßwagen, in dem sich ein Mitglied der Befugung befand, nicht Platz gemacht hatte, zu einem Jahr Gefängnis.

Börse und Handel.

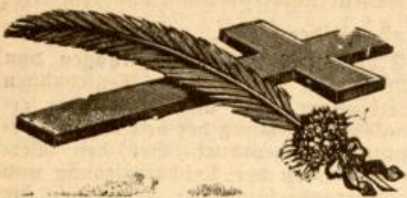
* Amtlicher Schlachtviehmarkt. Berlin, 13. September. Auftrieb: 2868 Rinder, darunter 648 Bullen, 1059 Ochsen und 1161 Kühe, 1102 Kälber, 7882 Schafe, 5828 Schweine, 6 Ziegen, 974 Schweine aus dem Ausland. Preise: Ochsen a) 45-48, b) 40-43, c) 36-38, d) 30-33; Bullen a) 42-44, b) 37-39, c) 33-35; Kühe und Kälber a) 44-48, b) 38-42, c) 30-35, d) 22-26, e) 17-20; Fresser 30-34; Kälber a) —, b) 85-92, c) 70-80, d) 58-65, e) 45-55; Stallmaisthische a) 45-50, b) 30-40, c) 22-28; Weidemastische a) 52-54, b) 40-45; Schweine a) 85, b) 83-84, c) 78-82, d) 73-77, e) 65-70, f) 64; Säue 68-73; Ziegen 15-20. Marktverlauf: In allen Gattungen ruhig.

* Die Reichsindizes für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Mittwoch, den 10. September, auf das 1,16-billionenfache der Vorkriegszeit. Sie hat sich gegenüber der Vorwoche (1,15 Billionen) um 0,9 v. H. erhöht.

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Rg. sonst je 100 Rg.		In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.			
	13. 9.	12. 9.	13. 9.	12. 9.	
Weiz., märk.	225-236	228-234	Weizl. f. Brl.	14,5	14,5
mittels.	—	—	Koggl. f. Brl.	13	12,8
Rogg., märk.	197-202	195-200	Raps	835-840	835-840
pommerscher	—	—	Leinsaat	440-445	440-445
westpreuß.	—	—	Distel-Erbf.	32-35	32-35
Fruttermehl	195-205	195-205	H. Speiseerbs.	22-26	22-26
Prangermehl	212-240	212-240	Wintererbsen	19-20	19-20
Hafer, märk.	180-188	178-186	Winterrbsen	17-18	17-18
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	16-17	16-17
westpreuß.	—	—	Widen	16-17	16-17
Weizenmehl	—	—	Erbsen, blaue	12,5-13	12,5-13
p. 100 Rg. fr.	—	—	Lupin., gelbe	14-17	14-17
Un. fr. inkl.	—	—	Sorabellen	13,5-14	13,5-14
Erd. (feinst.)	—	—	Kapstuden	14,5	14,5
Art. u. (rot.)	32-34,5	32-34,5	Leinfuchsen	24-25	24-25
100 Rg. fr.	—	—	Trockenschf.	13,2	13,2
p. 100 Rg. fr.	—	—	Wv. Juchsn.	22-24	22-24
Perl. brutto	—	—	Torfm. 30/70	9	9
inkl. Erd.	29-31	28-30,5	Kartoffelsf.	19	19,5

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halber i. Westf.



Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Daß man vom Liebsten was man hat,
Muß scheiden.

Gott dem Allmächtigen hat es
gefallen heute nachmittag 3 1/2 Uhr
nach langem Leiden meine innigst-
geliebte Frau, unsere treusorgen-
geliebte Mutter, Schwiegermutter,
Großmutter, Urgroßmutter, Schwä-
gerin und Tante

Frau Karl Petri

Maria geb Brume

im Alter von 81 Jahren und 7
Monate zu sich in die Ewigkeit
zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten:

die Trauernden Hinterbliebenen.

Oberbrügge, Mark b. Kierspe,
Kierspe, Hagen und Oberwengern,
den 14. Sept. 1924.

Die Beerdigung findet statt am
Donnerstag, den 18. Sept. nachmittags
2 1/2 Uhr vom Sterbehause aus.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme beim Heimgang unserer
lieben Entschlafenen sagen wir allen
unseren

tiefgefühlten Dank.

Familie Reitz.

Halver, im September 1924.



Henkel's Bleich- u. Waschmittel

gibt schneeweiße Wäsche
spart Seife und ersetzt die Rasenbleiche
Völlig unschädlich. — OHNE CHLOR

Gemeinnütziger Bauverein e. G. m. b. H.

zu Dahlebrück

Einladung

zu der am 25. Sept. 1924 nach 5 Uhr im
Ledigenheim zu Dahlebrück stattfindenden

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Vorlage der Jahresbilanz 1923.
3. Entlastung des Vorstandes
4. Verteilung des Reingewinns.
5. Wahlen.
6. Verkauf des Grundstückes Flur 11 Nr. 737/738
7. Verschiedenes

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats.

**Selbstständige Hand-
werker, Kaufleute
u. Gewerbetreibende**

versäumen sie nicht unverzüglich ihre
Anmeldung zu bewirken bei der

Westd. Vers.-Anstalt für selbst. Handwerker,
Kaufleute und Gewerbetreibende A.-G.

Erstattung der Arztberatung und der
Medikamente in voller Höhe. —
Krankengeld bezw. Krankenhausbear-
handlung. — Sterbegeld bei äußerster
— niedrigen Monatsbeiträgen. —
Auskunft und Zahlstelle:

General-Agentur: Adolf Welter,
Halver, Fernruf 337.



Taschenlampen

Batterien

Birnen

neu eingetroffen.

Wilh. Bell jr., Halver.

Amt Halver

Nachricht.

Zur Durchführung der periodischen Nach-
richtungen sind für den Amtsbezirk Halver nach-
stehende Termine angesetzt:

I. Im Saale des Gastwirts Carl Thei-
mann in Halver am 16. und 17. September
für die Schulbezirke Halver, Bergfeld u. Bonmert,
am 18., 19., 22. u. 23. September 1924
für die Schulbezirke Anschlag und Schwente,
am 24., 25. und 26. September 1924
für die Schulbezirke Bafshausen und Glörfeld,
am 29. und 30. September 1924 für den
Schulbezirk Heesfeld.

II. am 3., 6., 7. 8. und 9. Oktober
1924 im Saale des Wirts H. Hüffer in
Schalksmühle für die Gemeinde Schalksmühle
zur Einlieferung ihrer Meß- und Wiege-
gerätschaften in gehörig gereinigtem Zustande
an den Eichtagen sind verpflichtet:

die Gewerbetreibenden und Landwirte,
sobald sie beim Abjag ihrer Erzeugnisse die Er-
gebnisse von Meß- und Wiegegerätschaften einer
Preisbestimmung zugrunde legen,
die Konsumvereine, auch wenn sie nur
an Mitglieder Ware abgeben; die Großhand-
lungen und Fabrikbetriebe, wenn Meß und
Wiegegeräte zur Preis- oder Arbeitslohnberech-
nung Verwendung finden.

Die Einlieferung der Meß- und Wiegege-
räte hat möglichst bis 10 Uhr vormittags zu er-
folgen. Sie geschieht zur Erleichterung der Ab-
fertigung zweckmäßig an den jeweiligen ersten
Eichtagen in dem betreffenden Bezirke.

Die Einziehung der Gebühren geschieht der
Einfachheit halber sofort im Eichlokal durch den
anwesenden Vollziehungsbeamten.

Fest sandamierte und nicht transportable
Waagen werden am Aufstellungsort geprüft, doch
muß die Anmeldung baldmöglichst erfolgen. Die
Eichgebühren-Ordnung und die Vorschriften für
die Erhebung der Eichgebühren usw. können im
Amtshause, Zimmer Nr. 9 eingesehen werden.
Halver, 25. Aug. 1924.
Der Amtmann

Achtung!

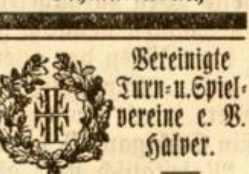
Beabsichtige in der
nächsten Zeit meine ge-
lernte

Schuhmacherei

wieder vollständig auf-
zunehmen und bitte
alle Bekannte und Freunde
mich in meinem Unter-
nehmen unterstützen zu
wollen. Ich liefere nur
prima Handarbeit zu
den äußerst billigsten
Preisen

Karl Krancfeld,

Schmalenbach



altersrieger.

Donnerstag, 18. d. M.
abends 8 1/2 Uhr in der
Turnhalle: Neueinteilung
der Riegen und Turnen.
Rege Beteiligung wird
bestimmt erwartet, auch
diejenigen Herren, welche
sich bis jetzt noch nicht
angeschlossen haben, sind
freundschaftlich eingeladen.
Der Turnrat

Suche für sofort

oder in 14 Tagen

einige

Arbeiterinnen

für leichte Beschäftigung.

Wilh. Gammann,

Halver.

Jugdl. Arbeiter

und

Arbeiterinnen

stellt ein

Th. Gaeper Sohn,

Halver.

Wandergewerbeheine

für das Jahr 1925
sind spätestens im
September d. J. im
Amtshause hier Zimmer
2 bezw. in der Verwal-
tungsgefängnisstelle
Schalksmühle Bahnhof-
straße 5 zu beantragen.
Halver, d. 9. Sept. 24.
Der Amtmann.

Wir erhalten Ende

d. M. bezw. Anfang
Oktober mehrere Ladun-
gen prima

Speise-Kartoffeln.

Bestellungen erbitten:

Bürger & Lausberg,

Halver Telef. Nr. 326.

1924er

italienische Sühner

liefert

Jost Koch Wwe.,

Geflügelhandlung,

Weidenau-Sieg.

Heinrichstr. 4.

Kartoffelmangen

Kartoffelkörbe

u. Einmachtopfe

in allen Größen vorrätig.

Otto Ohler,

Ohl-Rönsahl.

Junge

Schweine.

hat abzugeben

Carl Dornbach,

Dornbach, Fernspr. 177.

T a b a k

Wiederverk. Fabrikpreise

Fr. Herm. Bohmer,

Schalksmühle.